

# DIE WELTWOCHEN

Kommentar

## Scheinbarer Rechtsrutsch

---

**Die Nationalrats- und Bundesratswahlen haben das bürgerliche Lager gestärkt, aber bei Mehrheitsabstimmungen heisst das noch lange nicht, dass die Politik sich nach rechts bewegt.**

*Von Beat Gygi*



Beat Gygi

---

Nach den eidgenössischen Parlamentswahlen im Herbst hat sich weitherum die Ansicht verfestigt, die Schweiz sei politisch nach rechts gerückt. Am Wahltag kam das Wort Rechtsrutsch praktisch in allen Kommentaren vor, und dann verbreiteten vor allem deutsche Medien in Europa die Meinung, in der Schweiz habe das rechte Lager nun erheblich mehr Einfluss als vorher – meist verbunden mit abwertenden Kommentierungen des Begriffs «rechts». So wurden die Schweizer Verhältnisse in unmittelbare Nähe zu politischen Bewegungen des rechten Spektrums in anderen Ländern gerückt. Deutsche Journalisten schrieben, es sei kalt geworden in der Schweiz, und Schweizer Kollegen stimmten ein, ja, es sei in der ganzen Welt kalt geworden. Floskeln wie «Der Zeitgeist ist rechts» sind gross in Mode.

Modisch ist es auch, auf linker Seite resigniert über neue Mehrheitsverhältnisse und den eigenen Machtverlust zu klagen und so zu tun, als hätte die linke Umverteilungspolitik an Anziehungskraft verloren. Es stimmt natürlich: Die bürgerlichen Parteien SVP und FDP haben bei den Wahlen in den Nationalrat zusammen 14 Sitze gewonnen, dies auf Kosten von Sozialdemokraten, Grünen,

Grünliberalen und CVP. Im Ständerat haben die Links- und Mitteparteien ihre beherrschende Stellung zwar verteidigt, aber in der Landesregierung führte die Zuwahl von SVP-Bundesrat Parmelin und der Abgang von Widmer-Schlumpf dazu, dass nun vier oder fünf von sieben Bundesräten dem Namen nach bürgerlich sind – je nachdem, ob man die CVP als ähnlich bürgerlich einstuft wie die FDP und die SVP. Nähme man diese drei Parteien zusammen, käme das so definierte bürgerliche Lager im Nationalrat heute auf 131 von 200 Sitzen; es könnte also diese Kammer beherrschen und in den nächsten Jahren den Linksrutsch korrigieren, den das Parlament in der vergangenen Legislaturperiode vollzogen hat.

### Ellbogen statt Schulterschluss

Diese Idee steckte auch hinter dem Projekt «bürgerlicher Schulterschluss», einem Pakt, den im Frühling 2015 CVP, FDP und SVP schlossen, um eine gemeinsame Politik zu betreiben, die weniger auf Umverteilung ausgerichtet ist und den Firmen und Haushalten wieder mehr Bewegungsfreiheit bringt. Dieser Schulterschluss kam aber nie zustande, die Politiker berührten sich vor den Wahlen mehr mit den Ellenbogen als mit den Schultern. In der Wirtschaft gibt es nun die Hoffnung, dies möge sich nach den Wahlen ändern. Monika Rühl, Direktorin des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, sagte jüngst im Interview mit der *Weltwoche*, sie erwarte vom «Schulterschluss»-Projekt einen Marschhalt in der Regulierung. Im gleichen Atemzug räumte sie aber ein, dass das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier in der ersten Session nach den Wahlen kaum anders gewesen sei als vorher.

Ein Schulterschluss zwischen den drei Parteien ist nicht erkennbar, auch nicht zwischen FDP und SVP, die ja grossenteils ähnliche Ziele haben. Pikante Kontraste zeigten sich gleich zu Beginn der Session. Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (FDP) wandte sich vor den Bundesratswahlen mit folgenden Worten an die Vereinigte Bundesversammlung: «Unser Konkordanzsystem verlangt Respekt – über alle Parteigrenzen hinweg. Ich erinnere Sie daran, dass wir in der Schweiz zwar ein exklusives Wahlsystem für unsere Regierung kennen, das jedoch zum Ziel hat, Inklusion oder, wie wir es nennen, Konkordanz zu schaffen.» Dieser Sprachgebrauch lässt aufhorchen. Inklusion heisst, möglichst alle einzuschliessen und gleich zu behandeln – beispielsweise möglichst alle Kinder in die gleiche Schule oder Klasse zu schicken. Inklusion passt zu sozialistischen Gesellschaftsordnungen, die alle Menschen betreuend an sich ziehen und Unterschiede durch Harmonisierung und Umverteilung ausgleichen. Da muss sich die Linke nicht beklagen, ihre Politik verliere an Anziehungskraft. Umverteilen ist für Politiker eine derart reizvolle Tätigkeit, dass dazu nicht unbedingt eine linke Parteizugehörigkeit nötig ist.

### Altvertraute Kontraste

In der ersten Session der neuen Legislatur reichte das Spektrum von FDP und CVP jedenfalls nach wie vor von bürgerlich bis ziemlich weit nach links. In Abstimmungen über öffentliche Ausgaben, über die Ausstattung der öffentlichen Hand mit Personal oder über die Dotierung der Entwicklungshilfe zeigte sich der altvertraute Kontrast: Etwas über sechzig Nationalräte der SVP waren eher für eine Einschränkung der Umverteilung, auf der anderen Seite waren die übrigen Ratsmitglieder. Eine vergleichbare Mehrheit stimmte einem Postulat der SP zu, die wirtschaftlichen Vorteile des Schengen-Abkommens für die Schweiz besser zur Geltung zu bringen. Das sieht nach einer Detailfrage aus, aber dahinter zeigen sich die grundlegenden Unterschiede in der Haltung gegenüber Europa. Der Schengen-Vertrag kann als eine Art Vorstufe eines Rahmenvertrags Schweiz–EU angesehen werden, und auch in dieser grundsätzlichen Frage liegt die gegenüber internationalen Anbindungen skeptische SVP weit entfernt von der FDP, den übrigen Parteien und der Bundesverwaltung. Kann jemand erklären, wie man bei solchen Kräfteverhältnissen von einem Rechtsrutsch reden kann?